

## **Resolution gegen Rechts: Unsere Alternative heißt Solidarität!**

*Antragssteller\*innen: Thorben Peters, Janine Burkhardt, Janis Wisliceny, Inge Hannemann, Christoph Podstawa, Kathrin Otte, Haimo Stiemer, Anja Stoeck, Lars Leopold, Agnes Hasenjäger, Leon Weiß, Ann-Christin Huber, Tizian Gabriel Radczewill, Anette Mücke, Maximilian Linschmann, Martin Menzen, Jooris Mettler, Diether Dehm, Johannes Grashorn, Michael Braedt, Ferdinand Feist, Johannes Drücker, Jannes Schneider, KV Holzminden, SDS Osnabrück*

Ob in Chemnitz oder anderswo, ob an den Außengrenzen Europas oder vor Flüchtlingsunterkünften, ob in der AfD, Pegida oder CSU, ob auf der Straße oder innerhalb staatlicher Behörden, der Rassismus zeigt immer deutlicher seine menschenverachtende und hässliche Fratze. Seit den Ereignissen in Chemnitz mobilisieren bundesweit rechte bis faschistische Organisationen nach Chemnitz, um den Tod von Daniel H. für die Verbreitung ihrer völkischen, rassistischen und faschistischen Ideologie zu instrumentalisieren. Die (sächsische) Staatsmacht wiegelt hingegen ab, laviert herum und denunziert gesellschaftliche Gegenwehr, indem sie antifaschistische Gegendemonstrant\*innen mit Faschist\*innen gleichsetzt. Die hohe Anzahl rechtsmotivierter Straftaten, die Geschehnisse um den NSU sowie die Hetzszene auf den Straßen Chemnitz zeigen, woher das Problem stammt. Es sind die Faschist\*innen, Rechtspopulist\*innen, ihre Helfer und Helfers-Helfer bis tief in die bürgerliche Mitte, den Staatsapparat sowie die Regierungsparteien hinein.

Gegen die Spaltung der Gesellschaft, den Rassismus sowie den Hass gehen eine wachsende Anzahl an Menschen auf die Straße. Breite zivilgesellschaftliche Bündnisse bilden sich heraus, aus Engagierten in Initiativen gegen Rechts, in Gewerkschaften, in NGO's innerhalb der Umwelt- und Friedensbewegung, in Wissenschaft, Kunst und Kultur, in Willkommensinitiativen, in Sozialverbänden, innerhalb von Religionsgemeinschaften, in Nachbarschaftsinitiativen etc. Es gibt eine wachsende Anzahl an Menschen, die erkennen, dass unsere Probleme nicht „die Ausländer\*innen“, „die Flüchtlinge“ oder „die Überfremdung“ sind, sondern die wachsende soziale Ungleichheit, die immer mehr Menschen von einem menschenwürdigen Leben ausschließt. Sie wollen eine gute Pflege, ausfinanzierte Krankenhäuser, erstklassige Bildung oder sozialer Wohnraum. Sie haben erkannt, dass das Problem die Geschäftemacherei der Reichen ist, davon sollen Sündenböcke ablenken. Chemnitz zeigt, die schweigende Mehrheit steht für Solidarität und soziale Gleichheit, statt für Rassismus, Ausgrenzung und hasserfüllte Hetze.

Für DIE LINKE Niedersachsen ist klar: Wir verurteilen die widerwertigen Angriffe auf Minderheiten und stellen uns entschlossen und solidarisch an die Seite der Angegriffenen. Wir mobilisieren entschieden zu den verschiedenen Gegenprotesten gegen die Rechten und deren neoliberalen Nährboden. Wir decken Verfälschungen

zwischen Staat und rechten Strukturen auf und vertreiben die AfD von den Straßen und aus den Parlamenten. Wir ergreifen die Initiative in der Partei, den Gewerkschaften und innerhalb zivilgesellschaftlicher Bewegungen, durch Aufklärung, Aktivitäten und neue Bündnisse für eine Wende, hin zu einer Solidarischen, menschlichen und sozial gerechten Gesellschaft.

***„Packen wir die Sache an mit Solidarität und Elan – geduldig und beharrlich! Es ist viel zu tun.“ (Herbert Schui: „Wollt ihr den totalen Markt?“, Juni 2013)***

